

Neutralität als tragende Säule in der politischen Kultur der Schweiz

von Dr. rer. publ. Werner Wüthrich

Die Schweiz bleibt unabhängig, beteiligt sich nicht an Kriegen und hilft mit, gewaltsame Konflikte auf friedlichem Weg zu lösen. Die Idee des Friedens ist das ethische Fundament der Neutralität. Die Neutralität ist eine tragende Säule in der politischen Kultur der Schweiz. Sie schützt unsere Unabhängigkeit, unseren Föderalismus und die direkte Demokratie.

Der geplante Rahmenvertrag 2.0 will das politische Gebilde der Schweiz mit seinen einzigartigen Strukturen und Institutionen an die EU anbinden. Im Vordergrund steht die sogenannte «dynamische Rechtsübernahme». Sie und manches mehr würde vom Grundgedanken her das politische Gesicht der Schweiz verändern. Ein Papier mit 1800 Seiten will der Bundesrat in Kürze in die Vernehmlassung schicken.

Nun – neu ist das nicht. Es hat in der neueren Schweizer Geschichte aus verschiedenen Richtungen immer wieder Vorstösse gegeben, die Schweiz politisch an die EWG, die EG und heute an die EU anzubinden. War das damals und ist es heute eine gute Idee? Meine tour d'horizon durch die schweizerische Geschichte seit dem Zweiten Weltkrieg soll dies kritisch beleuchten.

Zur Bedeutung der Neutralität im Zweiten Weltkrieg

Als der Krieg 1939 ausbrach, erteilte das Parlament dem Bundesrat eine umfassende Vollmacht und den Auftrag, die erforderlichen Massnahmen zu treffen – zur Behauptung der Sicherheit, Unabhängigkeit und Neutralität der Schweiz – in den Bereichen des Militärs, der Finanzen und der Wirtschaft. Der Bundesrat bekräftigte die Neutralität der Schweiz mit einer Neutralitätserklärung, was von den Kriegsparteien anerkannt wurde.

Auswirkungen auf Militär, Wirtschaft und Finanzen

Ich wähle drei Persönlichkeiten aus den Bereichen Militär, Wirtschaft und Finanzen, die sich ganz besonders für ihre Aufgabe eingesetzt haben – *Henri Guisan, Hans Schaffner* und *Friedrich Traugott Wahlen*. Das Parlament ernannte Henri Guisan zum General für die Schweizer Armee. Er hat diese Aufgabe in hervorragender Weise erfüllt. Das ist allgemein bekannt.

Zur zweiten Persönlichkeit: Der Bundesrat ernannte Hans Schaffner zum Delegierten für Kriegswirtschaft. Die Schweiz ist ein Land praktisch ohne Rohstoffe. Seine Aufgabe war, Rohstoffe wie Eisen und Kohle zu beschaffen, aber auch Dünger für die Landwirtschaft, um die Erträge zu steigern. Weil die Schweiz eingeschlossen war von den Achsenmächten, war dies nicht so einfach. Rohstoffe und Kohle konnten meist nur von Deutschland beschafft werden.

Der ETH-Professor Friedrich Traugott Wahlen war die dritte Persönlichkeit, die ich hier vorstelle. Er sorgte für die Landwirtschaft. Wahlen hielt in Zürich einen Vortrag, in dem er der Bevölkerung seinen Plan für die sogenannte Anbauschlacht vorstellte. Er ging davon aus, dass die Bauern mit 1 ha Ackerland bis zu zehnmal mehr Menschen ernähren können als mit 1 ha Grünland mit Milch, Fleisch und Obst. Für viele Bauern, die an die Milchwirtschaft gewöhnt waren, war dies eine gewaltige Umstellung, und Wahlen erntete nicht nur Applaus. Er stellte die Frage: «Wollen wir für ein Stück Brot unsere Unabhängigkeit verlieren?». Diese Rede war für die Schweiz Programm und Ausblick, notfalls ohne Nahrungsmittelimporte überleben zu können. – Die Bauern zogen in verdankenswerter Weise mit, was ihnen viel Sympathie und Wohlwollen einbrachte. Nach dem Krieg stimmten die Bürger zum Dank einer Regelung zu, die die Bauern aktiv unterstützte und schützte – ganz im Sinne der Unabhängigkeit und Neutralität.

Noch einige Gedanken zu den Finanzen:

Unabhängigkeit und Neutralität bedingen innere Stärke und Eigenverantwortung – auch bei den Finanzen. In der Schweiz gehört dazu, dass die Gemeinden, die Kantone und auch der Bund möglichst keine Schulden machen. Das stärkt die Neutralität und Unabhängigkeit und macht es möglich, eine eigenständige Politik zu betreiben. Ich habe gestaut, als ich gelesen habe, dass der Bundeshaushalt nach der grossen Wirtschaftskrise in den dreissiger Jahren nahezu schuldenfrei war – sogar in der Krise. Heute ist dieses Prinzip etwas aufge-weicht.

Im Krieg waren Bundesrat und Parlament bemüht, die Kriegskosten nicht einfach über die Notenpresse zu bezahlen, wie dies andere Länder machten – und was im 20. Jahrhundert fast die Regel war in den vielen Kriegen. Statt dessen führten sie über das Kriegsnotrecht die sogenannte Wehrsteuer ein (1940) und auch die Warenumsatzsteuer (1941) – aber nur provisorisch. Das heisst: Zahlreiche Volksabstimmungen folgten dazu in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg. Dies war ein Unterschied zum Ersten Weltkrieg, als das Volk 1915 über die befristete Einführung einer Einkommens- und Vermögenssteuer abstimmen konnte und mit grossem Mehr zustimmte. Die nicht zu vermeidenden Kriegsschulden wurden nach beiden Weltkriegen nach und nach zurückbezahlt.

Das Bretton-Woods-Abkommen

1944 beschlossen 44 Staaten das *Bretton- Woods-Abkommen* – eine neue Währungsordnung mit dem US-Dollar als Reserve und Leitwährung. 1949 konnten die Stimmbürger in der Schweiz über einen neuen Währungsartikel in der Bundesverfassung abstimmen, der sich auf die neue Ordnung mit dem US-Dollar abstützte. Praktisch alle National- und Ständeräte, der Bundesrat und auch die Leitung der Nationalbank plädierten in der Abstimmung unisono für ein Ja. – Nun kam es zu einer grossen Überraschung: Fast alle Kantone und 61,5 Prozent der Stimmenden stimmten dagegen mit Nein. Viele dachten, warum der US-Dollar? Was machen wir, wenn die US-Regierung inflationiert, künftige Kriege über die Notenpresse finanziert? Es gibt doch neutrales Geld, das von niemandem abhängig ist, das die Neutralität und die Unabhängigkeit schützt – das Gold. Bundesrat und Parlament beileiten sich, einen Währungsartikel vorzuschlagen, dem das Gold zugrunde lag. Am 15. April 1951 kam er zur Abstimmung. 71 Prozent der Stimmbürger und alle Kantone sagten diesmal Ja. Das Volk hatte besser verstanden, wie wichtig gesunde Finanzen für die Unabhängigkeit und Neutralität sind.

Als «Bretton Woods» 20 Jahre später zusammenbrach, weil die US-Regierung den Vietnam-Krieg zu einem grossen Teil über die Notenpresse finanzierte, besass die Schweizerische Nationalbank 2600 Tonnen Gold und konnte die Dollarverluste gut kompensieren. – In diesen Jahren erwarb sich der Schweizerfranken den Ruf als «sicherer Hafen». Das ist auch heute wieder aktuell, weil möglicherweise eine Flucht aus dem Dollar bevorsteht oder bereits begonnen hat. Der US-Dollar hat heute seit damals gegenüber dem Schweizerfranken etwa 80 Prozent an Wert verloren.

Das GATT nimmt die Schweiz auf – dank Neutralität und Dialog

Kehren wir zurück zur Schweiz nach dem Zweiten Weltkrieg. Hans Schaffner – im Krieg Delegierter des Bundesrates für Kriegswirtschaft – wurde nun Delegierter für Handelsfragen. Eines seiner Hauptprobleme waren die vielen Zölle und Zoll-mauern, die die mei-sten Länder in der grossen Krise der dreissiger Jahre aufge-baut hatten, und die den Handel damals massiv behinderten – ähnlich wie heute. Die USA verlangten zum Beispiel für Schweizer Uhren einen Zoll von 60 Prozent.

33 Länder gründeten 1947 das GATT, das *General Agreement on Tariffs and Trade*, Vorläufer der heutigen WTO. Jedes Land hatte eine Stimme. In ihren Statuten war vorgesehen, die hinderlichen Zölle schrittweise abzubauen. Die Schweiz war sehr interessiert, hatte sie doch eine lange Freihandeltradition – ohne Zölle. Glarner Textilfabrikanten verkauften ihre farbigen Tüchlein, die Sarongs, bereits im 18. Jahrhundert bis nach Indien oder nach Afrika oder Indonesien. Heute verdient die Schweiz mehr als jeden zweiten Franken im Ausland. Zölle können da nur stören – ausser in der Landwirtschaft, wo Zölle und Kontingente die einheimischen Bauern vor der billigen Konkurrenz aus dem Ausland schützen. Der Bundesrat stellte ein Beitritts-gesuch und erhielt eine Abfuhr.

Was tun? Hans Schaffner begab sich auf eine «Ochsen-tour». Er nahm Kontakt auf mit sämtlichen Regierungen des damaligen GATT, und versuchte sie zu überzeugen, dass die kleinräumige, gebirgige Schweiz im Bereich der Landwirtschaft nicht mit Ländern konkurrieren könne, die die Landwirtschaft viel grossflächiger betreiben – Länder wie Kanada, die USA, aber auch Frankreich und Deutschland. Die Schweiz müsse die einheimischen Bauern schützen, um ihre Unabhängigkeit und Neutralität zu wahren. Sie könne ihre Nahrungsmittel nicht einfach so im Ausland kaufen. Wir brauchen die Bauern, und sie brauchen uns.

Schaffner traf an vielen Orten auf offene Ohren, so dass fast alle Regierungen bereit waren, die Schweiz mit einem Vorbehalt zu Gunsten der Landwirtschaft im GATT aufzunehmen. Schaffner machte auch die Erfahrung, dass viele Regierungen die Schweiz gerade wegen ihrer Neutralität und der zahlreichen Guten Dienste viel Verständnis entgegenbrachten. 1958 waren fast alle Länder – auch die USA – einverstanden, die Schweiz mit einer Sonderregelung für die Landwirt-schaft im GATT aufzunehmen. Fast alle – es gab zwei, die sich immer noch quer-stellten und das Veto gegen die Schweiz einlegten: Neuseeland und Australien.

Hans Schaffner gab nicht auf. Es gelang ihm, dass die Schweiz 1960 als provi-sorisches Mitglied aufgenommen wurde. Er arbeitete im GATT aktiv mit und or-ganisierte zum Beispiel die sogenannte «Kennedy-Runde», die die «Zollmauern» ein weiteres Stück abbau-te. 1966 war es so weit: Alle stimmten zu, und die Schweiz wurde als Vollmitglied aufgenommen – mit einem Vorbehalt für die Landwirtschaft – ganz im Sinne der Unabhängigkeit und Neutralität (Bundesblatt 1966 S. 713, [dodis.ch/30835](#)).

EWG oder EFTA? Für die neutrale Schweiz war die Antwort klar

Es gibt noch einen anderen Bereich, wo wir ebenfalls auf die Spuren von Hans Schaffner stossen. 1957 war die EWG – die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft – gegründet worden. Auch sie wollte die Zölle abschaffen. In ihren Statuten war jedoch der Satz enthalten, dass sich die EWG zu einer immer «engeren Union» entwickeln sollte. Es war damals nicht so klar, was das heissen sollte. Es wurde klarer, als *Jean Monnet* auftrat und Propaganda machte für die «Vereinigten Staaten von Europa». Hans Schaffner war misstrauisch und nahm Kontakt auf mit Ländern, die ebenfalls misstrauisch waren. Er warb für eine Freihandels-zone mit Ländern, die keinen supranationalen Verbund anstreben und ihre volle Souveränität behalten wollten. Hans Schaffner konnte sechs Länder überzeugen – dazu gehörten Grossbritannien, Dänemark, Portugal, Norwegen, Schweden und Österreich. Diese sieben Länder gründeten 1960 die EFTA – die *European Free Trade Association*. Es war ein voller Erfolg für Hans Schaffner, der als «Va-ter» der EFTA bezeichnet wurde, weil er das Ganze ins Rollen gebracht hatte. Alle waren überzeugt, dass dies der Weg für die Schweiz sei, bei der Integration in Europa mitzumachen – unter Wahrung der Unabhängigkeit und Neutralität. Nach diesem Grosserfolg wurde Hans Schaffner in den Bundesrat gewählt – obwohl er noch nie vom Volk in ein Parlament gewählt worden war.

Intervention der USA

Ein Jahr später – 1961 – passierte etwas Aussergewöhnliches. Der US-Botschaf-ter rief im Bundeshaus an und teilte mit, dass *George Ball*, ein Unterstaatssekre-tär der US-Regierung, unterwegs sei und eine Unterredung mit dem Bundesrat wünsche. Diese fand statt mit den Bundesräten Hans Schaffner und Friedrich Traugott Wahlen, beides Kämpfer für die Unabhängigkeit und Neutralität im Zweiten Weltkrieg. Minister *Albert Weisnauer*, der engste Mitarbeiter von Bundes-rat Schaffner, war ebenfalls dabei und verfasste den Bericht, den wir heute bei [dodis.ch/30116](#) einsehen können.

Der US-Staatsekretär teilte den Bundesräten mit, dass US-Präsident Kennedy und der britische Premierminister *MacMillan* sich einig seien: Sie würden es be-grüssen, wenn sich die EFTA wieder auflösen würde. Die Nato-Mitglieder der EFTA sollten der EWG beitreten, und die neutralen Länder sollten mit der EWG ein Assoziationsabkommen abschliessen, das die politische Ausrichtung der EWG unterstütze – eine Art politischer Rahmenvertrag. Grossbritannien habe be-reits seinen Austritt aus der EFTA erklärt und bereite das Beitritts-gesuch zur EWG vor.

Im Bundeshaus entstand grosse Aufregung. Viele waren empört. Was fällt den Amerikanern ein, sich so in die inneren Angelegenheiten einzumischen? Die Schweiz ist doch kein Vasall der USA. Nur – man konnte das Anliegen der USA nicht einfach zurückweisen. Der Bundesrat beschloss, 14 Arbeitsgruppen zu bil-den – zur Neutralitätspolitik, zur Landwirtschaft, zur Wirtschaft und manches mehr ([dodis.ch/30134](#)). Minister Albert Weisnauer regte die Bildung einer beson-deren *Arbeitsgruppe* an – die «Arbeitsgemeinschaft für historische Standortbe-stimmung». Bekannte Historiker, die sich damals zur Neutralität äusserten, wur-den eingeladen. Es waren *Jean Rudolph von Salis*, *Herbert Lüthy*, *Peter Dürren-matt*, *Edgar Bonjour* und andere. Sie hatten die Aufgabe, zusammen mit dem Bundesrat den Weg der Schweiz zu entwickeln. Diese Arbeitsgruppe im Bundes-haus wurde bald einmal als «Rat der Weisen» bezeichnet.

Ich habe mir den Vortrag von Jean Rudolph von Salis herausgepickt mit dem Titel «Die schweizerische Neutralität im Lichte der europäischen und der Welt-si-tuation» und gebe einige Kernaussagen wörtlich wieder ([dodis.ch/34186](#)).

Jean Rudolph von Salis in der «Arbeitsgemeinschaft für historische Standortbestimmung» am 24.2.1962

– *Enge Verknüpfung der EWG mit der Nato*

«Die Staaten des Gemeinsamen Marktes streben eine Europäische Union an, die ihrerseits einen organischen Bestandteil des Nordatlantikpaktes bilden soll.»

– *Keine «Verschweizerung»*

«Die bisherige Entwicklung der europäischen Integration zeigt, dass das schweizerische Ideal des Aufbaus von unten nach oben, von autonomen, sich selbst verwaltenden Körpern, die sich zu einem bündischen Überbau zusam-menschliessen, den anderen west- und osteuropäischen Ländern fremd ist. Wir dürfen von der europäischen Einigung, falls sie stattfindet, nicht eine Ver-schweizerung Europas erwarten.»

– *Die direkte Demokratie wird auf wenig Verständnis stossen*

«Die Schweiz muss sich, wenn sie sich in Gesellschaft anderer Staaten bege-ben will, Rechenschaft darüber abgeben, dass ihre Regierungsform einer perma-nenten Mitwirkung des Staatsvolkes an der politischen Willensbildung bei ihren Partnern auf geringes Verständnis stossen würde.»

Kommentar: Heute würde das eine Rolle spielen, falls die EU bei der dynami-schen Rechtsübernahme im geplanten Rahmenvertrag 2.0 Ausgleichsmassnah-men beschlösse.

– *Ein verbales Bekenntnis zur Neutralität genügt nicht*

«Es ist ein Erfordernis des guten Rufes, den die Schweiz in der Welt geniesst, dass sie ihre Sachlichkeit, ihre Objektivität und ihre unparteiliche Haltung nach allen Seiten bewahrt. Ein nur verbales Bekenntnis zur Neutralität genügt nicht, sie erfordert auch im Frieden ein bestimmtes Verhalten und ein entsprechendes Verhalten der staatlichen Organe. Die Neutralität muss glaubwürdig und vertrau-enserweckend sein.»

– *Neutrale Staaten als Brücken und Vermittler*

«Die Schweiz darf sich nicht durch ungeeignetes Verhalten um die Möglichkeit bringen, die Funktionen des Vermittlers, des Gastgeber und der Schutzmacht sowie humanitäre oder sonstige Dienstleistungen in einer gespaltenen Welt aus-zubühen. Neutrale Staaten sind natürliche Brücken und Verbindungsglieder zwi-schen Staaten und Staatengruppen, zwischen denen Misstrauen herrscht.»

– *Mehr Erfahrung und grösseres Vertrauenskapital*

«Keiner hat – wir dürfen es ohne Überheblichkeit feststellen – auf dem Gebiet der Neutralität eine längere Erfahrung und ein grösseres Vertrauenskapital in der Welt erworben, als die Schweiz. Nichts wäre abträglicher für unsere eigene Un-abhängigkeit und Sicherheit, als wenn wir leichtfertig dieses Kapital vertun wür-den.»

– *Ausrichtung auf die gesamte Welt*

«Die schweizerische Neutralität muss weltweit sein, oder sie verliert ihren Sinn und ihr Daseinsrecht. Vom *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz* abgesehen, haben sich zahlreiche Schweizer in der Ausübung internationaler Funktionen be-währt – insbesondere im Rahmen der *Unesco*, der FAO, der WHO, der techni-schen Hilfe usw. Diese Dinge sind in unserem Land zu wenig bekannt; sie sind nicht genügend ins Bewusstsein gelangt.»

Aufbau von de Gaulle – Veto in der Schweiz – Freihandelsvertrag von 1972

Es war ein Paukenschlag. *Charles de Gaulle*, Präsident von Frankreich, legte im Januar 1963 das Veto gegen den Beitritt Grossbritanniens in die EWG ein. De Gaulle stellte sich ein Europa der Vaterländer vor. Er befürchtete, dass Grossbri-tannien zusammen mit den USA die EWG dominieren würde. Grossbritannien sollte erst zehn Jahre später, nach dem Tod von de Gaulle, der EG beitreten (und vor kurzem nach einer Volksabstimmung wieder austreten).

In der Folge wurde das mit der Schweiz geplante Assoziationsabkommen auf Eis gelegt, und die EFTA erwuchs zu neuem Leben. Die EFTA-Länder setzten die Zölle für Industriegüter im Gleichschritt mit der EWG herab, so dass 1972 ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EG zustande kam, wie es Hans Schaffner gewollt hatte – ohne Landwirtschaft. Bundesrat *Hans Brugger* stellte es den Medien wie folgt vor:

«Das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft, das zu unterzeichnen ich die Ehre habe, stellt einen entscheidenden Schritt in unserem traditionellen Bemühen dar, an der Integration unseres Kontinents mit-zuarbeiten, soweit wir hierzu unter Wahrung der direkten Demokratie, der parla-mentarischen Befugnisse und der neutralen Aussenpolitik in der Lage sind.» ([dodis.ch/36209](#))

In späteren Jahren kamen mehr als 100 Zusatzverträge dazu.

Das war ein besonderer Moment in der Schweizer Geschichte: Es sollte meines Wissens das letzte Mal sein, dass der Bundesrat in einem öffentlichen Auftritt auf diese Weise die politische Kultur der Schweiz bekräftigt hat – mit dem Hin-weis, dass die Schweiz die Neutralität, die Unabhängigkeit, den Föderalismus und die direkte Demokratie wahren müsse.

Die Politik ändert sich

Der 1978 neu gewählte sozialdemokratische Bundesrat *Pierre Aubert* bestellte den hochkarätigen Minister Albert Weisnauer in sein Büro und teilte ihm mit, dass er «seine Auffassung vom Wesen der Aussenpolitik keineswegs zu teilen vermöge» (vgl. Weisnauer, Albert «Rechenschaft – 40 Jahre im Dienste des Schweizerischen Staates», S. 246). Aubert entliess ihn bzw. er stellte ihn sechs Monate vor seiner regulären Pensionierung frei. Als Folge davon wurde wenige Jahre später die «Arbeitsgemeinschaft für historische Standortbestimmung» auf-gelöst, die Weisnauer gegründet und geleitet hatte. Aubert strebte eine andere Art der «Öffnung» an, und er sollte 1986 die Quittung für seine «Politikänderung» erhalten. Als er die Schweiz in die Uno führen wollte, stimmten 75% der Stim-menden und alle Kantone mit Nein – ganz im Sinne der Unabhängigkeit und Neu-tralität, mit der er sich nicht anfreunden konnte.

Beitritt zur EU wird zum strategischen Ziel des Bundesrates

Neue Leute traten auf das politische Parkett. *Jakob Kellenberger* begann 1974 seine Karriere als Botschaftssekretär in Brüssel. Einige Jahre später wurde er Leiter des Integrationsbüros. Nun sollte er ganz wesentlich zur Politikänderung beitragen, die kommen sollte. Er spielte eine entscheidende Rolle beim Beitritts-gesuch zur EU – lange vor der EWR-Abstimmung. Der Beitritt rückte in den In-tegrationsberichten – nach und nach – bis ganz nach oben (*NZZ Geschichte* 1/2015). Im Oktober 1991 wurde der Beitritt zum strategischen Ziel des Bundes-rates. Dabei blieb es bis 2005 – trotz des Neins des Volkes zum EWR von 1992. Kellenberger handelte 2001 noch die Bilateralen I aus mit der Personenfreizügig-keit und wechselte dann zum *Internationalen Komitee vom Roten Kreuz*, wo er ausgezeichnete Arbeit leistete.

In neuerer Zeit ist bei Kellenberger ein Gesinnungswandel zu beobachten. 2014 schrieb Kellenberger ein Buch mit dem Titel «Wo liegt die Schweiz – Gedanken zum Verhältnis Schweiz-EU». Die letzten Sätze lauten: «Die Rückkehr zum Frei-handelskonzept von 1972 ist vielleicht der naheliegende Weg für ein Land, das mit den Voraussetzungen eines gelingenden Post-92-Bilateralismus Mühe und keine politischen Ambitionen hat, die nur mit einem EU-Beitritt verwirklicht wer-den könnten.» (S. 186) Nun hatte auch er verstanden, was Neutralität und Unab-hängigkeit für die Schweiz bedeuten.

Widerstand

Bereits Ende der achtziger Jahre regte sich jedoch Widerstand. *Christoph Blo-cher* begann seine SVP zu einer Art Kampforganisation aufzubauen – mit dem Ziel, den EWR und den Beitritt zu verhindern. Mit Erfolg – wie wir alle wissen. Die Neutralität und die Unabhängigkeit wurden wieder zu einer festen Grösse in den politischen Diskussionen, und die SVP wurde zur grössten Partei. Der Beitritt zur EU blieb allerdings das strategische Ziel des Bundesrates – bis 2005. Noch 2001 veröffentlichte die Konferenz der Kantonsregierungen KdK die allerdings skepti-sche Studie «Die Kantone vor der Herausforderung eines EU-Beitritts».

Fazit: Die Neutralität als Schutz der Unabhängigkeit

Was ich mit diesen Ausführungen zeigen will: Auch in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Krieg waren die Neutralität und die Unabhängigkeit nicht nur ein wegleitender Grundsatz für die Aussenpolitik, sondern die Neutralität hat sich als tragende Säule in der politischen Kultur der Schweiz bewährt. Oder wie es Bundesrat Wahlen auf eine schöne Art zum Ausdruck gebracht hat, als er 1962 in Brüssel im Hinblick auf den geplanten Assoziationsvertrag das Anliegen des Bundesrates wie folgt formuliert hatte:

«*In der mit der Gemeinschaft zu treffenden Vereinbarung muss jedoch die Schweiz ihre Neutralität, die der Schutz ihrer Unabhän-gigkeit ist, und ihre innerstaatliche Struktur des Föderalismus und der direkten Demokratie wahren. Direkte Demokratie, Föderalismus und Neutralität haben das politi-sche Gesicht der Schweiz geprägt. Sie sind aus ihrer Vielgestaltigkeit her-aus gewachsen und haben ihr eine politische Stabilität ermöglicht, die sich, wie uns scheint, auf die Beziehung mit Drittländern günstig ausgewirkt hat.*» ([dodis.ch/30371](#))

Ab Mitte der siebziger Jahre begann dieses Fundament in der Bundespolitik zu bröckeln.

Ein Beispiel zur Landwirtschaft: Im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts fand in der WTO die sogenannte *Doha-Runde* statt, die die Landwirtschaft weltweit liberalisieren wollte. Bundesrat *Deiss* versuchte, die Bevölkerung auf diesen an-geblich notwendigen Schritt vorzubereiten, ohne jedoch darauf hinzuweisen, dass wir für den Erhalt der Unabhängigkeit und Neutralität eine gesunde Land-wirtschaft brauchen – wie es Hans Schaffner immer wieder betont hatte. Statt dessen behauptete Deiss, dass man die Landwirtschaft umbauen müsse, die Bauernbetriebe müssten wie in der EU grösser und damit wettbewerbsfähiger werden. Bundesrätin *Leuthard* machte es ähnlich, als sie im Agrarbereich einen Freihandelsvertrag mit der EU vorantrieb. Als die *Doha-Runde* 2010 scheiterte und die Bundesrätin ihr Projekt weiter verfolgte, musste das Parlament sie 2011 stoppen.

Deiss hatte auch keinerlei Anstalten gemacht, sich für eine Sonderregelung für die Bauern einzusetzen, wie es Hans Schaffner beim GATT vorbildlich getan hat-te. Die Zahl der Bauernbetriebe hat sich in den letzten Jahrzehnten fast halbiert. Nach dem Krieg gab es einmal über 100 000 Bauernbetriebe. Heute sind es we-niger als 60 000, die mehr Kühe halten müssen, weil sich der Milchpreis wegen der EU fast halbiert hat.

Noch ein weiteres Beispiel kann ich hier anfügen: das Gold. Dazu aber nur ein paar wenige Worte: Als *Bretton Woods* 1972 zusammenbrach, besass die Schweiz 2600 Tonnen Gold, das vor allem die Nachkriegsgeneration zum gros-sen Teil erarbeitet hatte – als Garantie für die Unabhängigkeit und Neutralität und als Vorsorge für den Notfall. Das Gold war Volksvermögen – der Verkauf kein Thema: Ich habe damals dazu folgendes Bild gewählt: Niemand kommt in einem Bergtal auf die Idee, den Schutzwald abzuholzen, der vor Lawinen schützt.

Auch das sollte sich ändern. In den neunziger Jahren hiess es plötzlich, das Gold sei überschüssig und könne zum grossen Teil verkauft werden – kein Wort mehr von Unabhängigkeit, Neutralität und Versicherung für den Notfall. Und tat-sächlich: Insgesamt 1500 Tonnen Gold wurden verkauft für 21 Milliarden Franken – ohne das Volk zu fragen. Es wurde zwar abgestimmt – aber nicht über den Ver-kauf, sondern lediglich über die Verteilung des Erlöses. Dieses Gold hätte heute einen Wert von ungefähr 150 Milliarden Franken, wenn es noch da wäre. Es gibt Indizien, die darauf hinweisen, dass die USA Druck ausgeübt haben.

Interessant ist, dass der Schweizerfranken auch ohne dieses Gold den Ruf als «sicherer Hafen» nicht verloren hat – wegen der auch mit unser Völkern politischen Kultur. – Dafür müssen wir weiter kämpfen – nach wie vor stabilen politischen Neutralität. Heute könnte die Nationalbank das Gold gut gebrauchen. Mit dem Einbruch des Dollars, der erst begonnen hat, erleidet sie riesige Verluste.

Zum Schluss noch eine kleine Episode

Es gibt wohl nur wenige Personen, die sich im Zweiten Weltkrieg und in den Jahrzehnten danach so wie Bundesrat Hans Schaffner für die Neutralität und Un-abhängigkeit des Landes eingesetzt haben. Als die Schweiz in den neunziger Jahren aus den USA massiv angegriffen wurde (Stichwort nachrichtlose Ver-mögen), untersuchte die *Bergier*-Kommission die Vorwürfe. Merkwürdigerweise wurde Hans Schaffner nicht eingeladen. Er war einer der wenigen noch lebenden Zeitzeugen aus dieser schweren Zeit. Er hatte damals die Zentralstelle für Kriegswirtschaft geleitet. Er reiste im Jahr 2002 als 93jähriger nach New York und veröffentlichte in der «New York Times» seine Empörung über die deplazier-ten Angriffe auf die Schweiz in einem Artikel mit dem Titel «Die Wahrheit über die Schweiz». Seine Ausführungen waren ganz im Sinne der Neutralität und Unab-hängigkeit des Landes. *Zeit-Fragen* hat den Artikel übersetzt und abgedruckt (*Zeit-Fragen* Nr. 33 vom 12. August 2002).

Neutralität und Aufgabe wie die der Guten Dienste in unserer kriegsgeplagten Zeit – sind auch heute tragende Säulen der politischen Kultur der Schweiz. Die Schweiz sollte an diesem Weg festhalten. – Hans Schaffner könnte für uns ein Vorbild sein, weil er nie müde wurde, seinen ausländischen Kollegen diesen Son-derweg zu erklären und dafür zu kämpfen. – Genau das machen wir mit unserer Volksinitiative! •

Zur Vertiefung:
Wüthrich, Werner *Wirtschaft und direkte Demokratie in der Schweiz*, Verlag Zeit-Fragen, Zürich 2020; ISBN-3-909234-24-0

* Vortrag an der Seminarwoche 2025 des *Instituts für Personale Humanwissenschaften und Gesellschafts-fragen* IPHG und der Genossenschaft Zeit-Fragen zum Thema «Schweizer Neutralität» vom 21.4.–25.4. 2025